

PRESSEINFORMATION 64/2026

Stromsteuersenkung: Nach Vorstoß der Ministerpräsidentenkonferenz fordert Baden-Württembergs Wirtschaft die schnelle Umsetzung

Stuttgart, 23. Oktober 2026 – Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) begrüßt den Vorstoß der Ministerpräsidentenkonferenz, die Stromsteuer für alle Unternehmen auf das europarechtlich zulässige Minimum von 0,05 Cent pro Kilowattstunde zu senken. Bisher beschränkt sich die Entlastung auf das produzierende Gewerbe sowie die Land- und Forstwirtschaft.

„In kaum einem anderen europäischen Land müssen Unternehmen so viel für Strom bezahlen wie in Deutschland. Daher leiden alle Betriebe, seien es Lebensmitteleinzelhandel und Kaufhäuser, Rechenzentren, Gastronomen oder Kühlhäuser, unter den hohen Stromkosten. Die Senkung der Stromsteuer für alle – wie im Koalitionsvertrag auch vorgesehen – ist daher überfällig. Dafür muss eben dann an anderer Stelle gespart werden“, sagt BWIHK-Präsident Dr. Jan Stefan Roell. Zugleich führt Roell aus, dass durch eine Senkung der Stromsteuer für die privaten Haushalte auch die schwache Konsumnachfrage stimuliert werden könne.

Der BWIHK weist zudem darauf hin, dass eine niedrigere Stromsteuer die Betriebe nicht nur finanziell entlasten würde, sondern auch Investitionen und Klimaschutz am Standort Deutschland voranbrächte. Denn günstigere Strompreise machen den Einsatz von Strom attraktiver und tragen dazu bei, den Wechsel von Öl und Gas hin zu klimafreundlichen strombasierten Anwendungen zu beschleunigen.

Ansprechpartner für Medienschaffende:

BWIHK | FF Energie
IHK Region Ulm
Kyara Couto Rodrigues
Telefon 0731 / 173-325
E-Mail: coutorodrigues@ulm.ihk.de

Diese und weitere Pressemeldungen finden Sie [hier](#).

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHKs). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die

Interessen von mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.